

DEUTSCHLAND=UNION=DIENST

INFORMATIONSDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

REDAKTION UND VERTRIEB: FRANKFURT A. M.

Bettinastraße 64 . Fernsprecher: 77 178 / 77 906

Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung

Postcheckkonto: Frankfurt M. 39967 . Bankkonto: Hessische Bank, Frankfurt M. 125739

beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschland

Frankfurt a.M., 7. Januar 1949.

Seite 1

Nr. 4 / 3. Jhrg. (C)

Sie lesen heute:

Sozialpolitik

Der Ausschuß für den Lastenausgleich bei der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU ist für den 27./28. Januar zu einer Sitzung nach Frankfurt a.M. einberufen worden. Er wird sich u.a. mit den Grundsätzen und Vorschlägen zum endgültigen Lastenausgleich befassen und dabei vor allem die Frage prüfen, welche Teile und Bestimmungen des Soforthilfegesetzes übernommen werden können.

Ostzone

Auf Beschuß der CDU-Minister der Sowjetzone will die Ost-CDU noch im Januar Besprechungen mit der SED einleiten, um grundsätzliche Fragen der Blockpolitik zu klären. Die größtenteils als "mißglückt" zu bezeichnende Entwicklung der Blockpolitik sei in erster Linie auf die falsche Interpretierung der von der SED herausgegebenen Richtlinien durch die untergeordneten SED-Funktionäre zurückzuführen.

Beamtenrecht

Der vom Wirtschaftsrat gebildete Fünfzehner-Ausschuß für Beamtenrecht nahm unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Arndt (SPD) seine Arbeiten auf. Ihm gehören von der CDU/CSU an die Abgeordneten Josef Braun, Thusnelda Lang-Brumann, Maria Niggemeyer, Franz-Josef Strauß und Otto Weinkamm.

Wirtschaftspolitik

Der Landtag von Rheinland-Pfalz stimmte einem CDU-Antrag zu, der die Regierung ersucht, dem Landtag alsbald den Gesetzentwurf für eine Handwerksordnung vorzulegen, die eine gesetzliche Ordnung des Rechtes des Handwerks vorsieht.

Sozialpolitik

Der Badische Landtag beschloß, den steuerfreien Betrag auch auf solche Kinder auszugeben, die älter als 25 Jahre sind. Dadurch wird den heimkehrenden Kriegsgefangenen, die z.T. schon 1937 Soldat geworden sind, die Möglichkeit gegeben, ihre Berufsausbildung zu erleichtern.

Wirtschaftspolitik

Die CDU-Fraktion des Landtages Rheinland-Pfalz ersuchte die Regierung in einem einstimmig angenommenen Antrag, die Umstellung der landwirtschaftlichen Betriebe von der tierischen auf die motorische Zugleistung mit allen geeigneten Mitteln zu fördern. Im besonderen soll im Sinne des Jedermann-Programmes auf die Verbilligung und steuerliche Begünstigung bäuerlicher Gebrauchstraktoren hingewirkt werden.

SPD

SPD und Ruhr-Statut

"Jalta des Westens" überschreibt Friedrich Stampfer im "Sozialdemokratischen Presse-dienst" (Nr. IV/1 v. 3.1.49) seine Kritik am ruhr Statut. Sie gipfelt in dem Satz: "Das Ruhr-Abkommen bringt Westdeutschland in dasselbe Abhängigkeitsverhältnis zum Westen, in dem sich Ostdeutschland Russland gegenüber befindet, und es bildet für den Abschluß eines Friedensvertrages ein nicht geringeres Hindernis als die Oder-Neiße-Linie."

Auf diesen Grundton ist die ablehnende Haltung der gesamten SPD gegenüber dem Ruhr-Statut abgestimmt. Wie auf ein Stichwort der hannoverischen Befehlszentrale hin überschlägt sich die SPD-Presse in wütenden Ausfällen gegen das Londoner Konferenzergebnis. Sie wird dabei nur noch von den Kommunisten übertroffen, deren Wortführer in Düsseldorf bereits scharfe Repressalien gegen jene Deutschen angekündigt hat, die mit den Besatzungsmächten zusammenarbeiten.

Es ist nützlich, angesichts dieser künstlichen Entrüstung in Hannover sich der Situation zu erinnern, die die Bekanntgabe der Konferenzergebnisse nach Abschluß der Londoner Sechsmächte-Verhandlungen im Sommer vorigen Jahres ausgelöst hat. Damals war Dr. Adenauer der einzige Parteiführer, der in richtiger Erkenntnis der politischen Tragweite des Ruhr-Protokolls seine warnende Stimme erhob, und der aus ernster Sorge um die wirtschaftspolitischen Folgen für Volk und Wirtschaft Westdeutschlands die Besatzungsmächte beschwore, den Bogen nicht zu überspannen. Aus dieser Sorge heraus versuchte Dr. Adenauer damals, im Verhandlungswege mit dem SPD-Vorstand in Hannover eine gemeinsame Front aller deutschen Parteien zu finden. Der Versuch scheiterte, da die SPD, eine gemeinsame Front in dieser Frage ablehnte. Die SPD, so erklärte Erich Ollenhauer auf der Hamburg Tagung des SPD Parteivorstandes am 29. Juni 1948, sehe in den Bemühungen Adenauers den Versuch, "eine nationalistische Einheitsfront zu bilden", der nichts anderes bedeutet, als die Deutschen in eine Situation zu bringen, wie wir sie schon während des Jahres 1923 einmal im Ruhrkampf erlebt haben." Diese Erklärung löste in der der SPD nahestehenden Presse eine Reihe übler Verdächtigungen aus, die sich sehr rasch zu dem Vorwurf verfehlten, daß Dr. Adenauer die nationalistischen Leidenschaften aufpeitsche und den Chauvinismus Vorschub leiste.

Nachdem nun das fertige Ruhr Statut vorliegt und jeder gewissenhafte Politiker gezwungen ist, Farbe zu bekennen, muß auch die SPD feststellen, daß alles Mund spitzen nichts mehr hilft. Die Leisetreterei vom Juni vorigen Jahres ist einer Ernüchterung gewichen, die sehr rasch zu einer erstaunlichen Entrüstung hinüber gewechselt ist. Heute sieht sich die SPD, was es mit dem Ruhr-Statut auf sich hat. Damals hat sie die CDU in übelster Weise verdächtigt - heute hat sie ihre liebe Not, ihre enttäuschten Anhänger an der Stange zu halten. Damals hat sich die SPD mit einigen zaghaften Wenz zur Mitarbeit bereit erklärt - heute spricht Herr Stampfer von einem "Jalta des Westens". Heute wirft sich die SPD zur Wahrerin der nationalen Interessen an Rhein und Ruhr auf, und damit fällt der Vorwurf der nationalistischen Stimmungsmache auf jene zurück, die ihn vor einem halben Jahre ebenso vorsichtig wie leichtfertig gegen andere erhoben. Nur in einem ist sich die SPD treu geblieben: Wie im Juni so hat sie auch am 28. Dezember das erbieten Adenauers abgelehnt, die beiden großen Parteien möchten in einer gemeinsamen Erklärung ihre Stellung zum Ruhr-Statut festlegen. Aber auch dieser Fluchtversuch ist zu kümmerlich, als daß es auf diese bequeme Weise gelingen würde, sich der Verantwortung zu entziehen.

Sozialpolitik**Fürsorge für die Jugend**

In Rheinland-Pfalz ist kürzlich das Landesgesetz zur Erfassung und Unterbringung heimatloser und gefährdeter Jugendlicher in Kraft getreten. Danach können Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, die sich außerhalb der Zucht oder des Einwirkungsbereiches ihres Erziehungsberechtigten, Lehrherrn oder Arbeitgebers umhertreiben oder betteln, zur Verhütung einer körperlichen, geistigen oder sittlichen Verwahrlosung aufgegriffen und zwecks Rückführung in geordnete Verhältnisse vorübergehend durch Beschuß des Vormundschaftsgerichtes in den dazu bestimmten Aufnahmeheimen in Bewahrung genommen werden.

Aufgegriffene Jugendliche müssen unverzüglich, spätestens innerhalb drei Tagen, dem zuständigen Vormundschaftsgericht vorgeführt werden. Das Vormundschaftsgericht entscheidet bei der Vorführung darüber, ob der Jugendliche in Bewahrung zu nehmen, in die Zucht oder den Einwirkungsbereich des Erziehungsberechtigten, Lehrherrn oder Arbeitgebers zurückzuführen oder zu entlassen ist. Die Bewahrung darf die Dauer von drei Monaten nicht überschreiten. Sie kann auf Antrag des Jugendamtes auf weitere drei Monate verlängert werden. Zuständig für die Anordnung der Bewahrung ist das Vormundschaftsgericht, in dessen Bezirk der Jugendliche aufgegriffen wird. Über die Verlängerung entscheidet das Vormundschaftsgericht, in dessen Bezirk das Aufnahmeheim gelegen ist.

Informationsdienst der JU

Für alle Bezieher des DUD, Ausgabe C, die der JU angehören, wird ab sofort, zunächst einmal wöchentlich, der

Informationsdienst der JU Deutschlands

beigelegt.

Wir bitten alle Angehörigen der JU, die den C-Dienst bereits vor dem 1. Dezember 1948 bezogen haben, um ihre Anschrift, damit auch ihnen der Informationsdienst der JU zugeleitet werden kann.

Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt a.M., Bettinastr. 64.
Lizenz der Information der Militärregierung US/W 2065.
Gedruckt in der Redaktion DUD, Frankfurt a.M. I/49/600.
Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.